D-01-065-2 Dringlichkeitsantrag: Unsere Freiheit und die der Ukraine bewahren. Europäische Sicherheitsordnung schützen.

Antragsteller*in:	Thomas Mohr (KV München)
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu D-01

Von Zeile 64 bis 65 einfügen:
ist es unabdingbar, dass wir uns im kommenden Bundestagswahlkampf als die Partei profilieren, die diese Bedrohungen verstanden hat.

5. Stimmen des „Globalen Südens“
Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, die internationale Zusammenarbeit Deutschlands postkolonial und antirassistisch auszurichten (siehe: Grundsatzprogramm 2020, Abs. 404). Deshalb ist es uns besonders wichtig, auf die Stimmen aus dem sogenannten „Globalen Süden“ zu hören. Brasilien, Mexico, Indien, Indonesien, die Afrikanische Union und andere Staaten haben Ideen und Initiativen für ein Ende des Krieges eingebracht. Diese Ansätze wollen wir fördern und unterstützen. Denn wir wissen: In dieser hocheskalierten Situation braucht es hilfreiche Dritte, die das Vertrauen beider Kriegsparteien gewinnen können. Nur unter aktiver Beteiligung des Globalen Südens kann realistischerweise ein Waffenstillstand ermöglicht und ein Friedensprozess eingeleitet werden. So wird auch eine wünschenswerte Fortsetzung der Friedenskonferenz in der Schweiz vermutlich in einem nicht-europäischen Land stattfinden müssen, das nicht nur von der Ukraine, sondern auch von Russland als Vermittler akzeptiert wird.

6. Vermittlungs- bzw. Kontaktgruppe
China hat sich zuletzt außenpolitisch – unabhängig von seinem Umgang mit Menschenrechten im Inneren – mehrfach als erfolgreicher Vermittler in aktuellen Konflikten profiliert (Iran und Saudi Arabien, Fatah und Hamas). China ist allerdings ein zunehmend wichtigerer Verbündeter Russlands und kann deshalb aus westlicher Sicht schwerlich als neutraler Vermittler gelten. Wenn auf westlicher Seite eine Bereitschaft zur Einleitung von im Rahmen des Völkerrechts grundsätzlich ergebnisoffenen Verhandlungen zur Beendigung des russischen Angriffskriegs besteht, könnte China in Kombination mit den USA auf die aktiven Kriegsparteien – Russland und die Ukraine – in Richtung eines Kriegsendes einwirken. China und die USA könnten ihre spezifischen Kompetenzen gemeinsam mit anderen Staaten in eine größere Vermittlungs- bzw. Kontaktgruppe einbringen. In diesem Fall könnten sich die nahen Beziehungen zwischen China und Russland einerseits und zwischen den USA und der Ukraine andererseits als Chance für das lang erhoffte Ende von Leid, Tod und Zerstörung in der Ukraine erweisen.

7. Eigenes Verhalten des Westens in den Blick nehmen
Wir wissen, wie wichtig es für einen Vertrauensaufbau ist, nicht reflexhaft die andere Seite zu rügen, sondern selbstkritisch das eigene

Verhalten in den Blick zu nehmen. Wir prangern jeden völkerrechtswidrigen Angriff eines Landes auf ein anderes an. Deshalb betonen wir an dieser Stelle ausdrücklich, dass der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine nicht der einzige seiner Art in den letzten Jahrzehnten ist. Wir erinnern beispielhaft an den von der US-Regierung unter G.W. Bush geführten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak 2003, den die damalige rot-grüne Bundesregierung aus guten Gründen abgelehnt hat. Der Angriff der USA und ihrer „Koalition der Willigen" auf den Irak erfolgte trotz fehlenden UN-Mandats. Die von den USA dem UN-Sicherheitsrat vor dem Angriff vorgelegten angeblichen Beweise für eine Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak erwiesen sich im Nachhinein als Lüge. Unsere Zustimmung im Jahr 1999 zum – ebenfalls ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats erfolgten – Angriff der NATO auf Serbien, um einem befürchteten
Völkermord im Kosovo zuvorzukommen, war für uns eine „statthafte Ausnahme, aber kein Präzedenzfall" (Grundsatzprogramm 2002, S. 164). Wir müssen jedoch einräumen, dass
Russland diesen NATO-Angriff auf Serbien damals sehr wohl als Bruch des Völkerrechts eingeordnet hat und ihn heute für seine Argumentation im Hinblick auf den eigenen Angriffskrieg gegen die Ukraine benutzt.

8. Klimakrise erfordert globale Zusammenarbeit statt Aufrüstung
Die größte Herausforderung für die menschliche Sicherheit in unserer Zeit ist und bleibt die Klimakrise. Entweder die Menschen lernen, sich als Menschheit zu begreifen und solidarisch zu organisieren oder die Gattung Mensch wird auf diesem Planeten keine große Zukunft haben. Ein Jahrhundert der Konfrontation und der Aufrüstung kann sich die Menschheit nicht leisten. Angesichts der Bedrohungen für das menschliche Leben auf der Erde muss unser Jahrhundert zu einem Jahrhundert wachsender Kooperation werden. Nur gemeinsam können die Erderwärmung gestoppt und ihre Folgen abgemildert werden. Dafür werden auch die Reform und die Stärkung der globalen Institutionen, insbesondere der UN-Institutionen notwendig sein. Der Beginn eines ernsthaften Gesprächsprozesses aller direkt und indirekt Beteiligten des Ukrainekriegs in Richtung Waffenstillstand und Friedensverhandlungen wäre ein weltweites Hoffnungszeichen. Eine gemeinsame Konfliktlösung stellt eine große Ermutigung dar, um die für das Überleben der Menschheit als Ganzes wirklich wichtigen Aufgaben zusammen engagiert anzugehen. Statt einer gefährlichen Aufrüstungsspirale können so wieder Abrüstungsverhandlungen in Gang kommen. Dann können die Ressourcen, die momentan für Militär und Rüstung eingeplant werden, für echte menschliche Sicherheit verwendet werden.
Bündnis 90/Die Grünen sind überzeugt, dass wir – als einzelne Menschen und als gesamte Menschheit – über die Fähigkeit der konstruktiven Konflikttransformation verfügen. Wenn wir gleichwertig und fair zusammenarbeiten, sind wir in der Lage, die aktuellen Krisen und Konflikte zu meistern. Dafür setzen wir uns ein! Dieses wichtige Zeichen der Hoffnung und Ermutigung wollen wir von diesem Parteitag aussenden.

weitere Antragsteller*innen

Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg); Martin Pilgram (KV Starnberg); Nicole Lauterwald (KV Frankfurt); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Raymund Messmer (KV München-Land); Matthias Striebich (KV Forchheim); Ursula Frey (KV Main-Spessart); Klaus Tuchnitz (KV München-Land); Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Enrico Calzia (KV Ulm); Peter Meiwald (KV Ammerland); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); Josef Raab (KV Garmisch-Partenkirchen); Hans-Jürgen Iske (KV Ammerland); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Berti Furtner-Loleit (KV München); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Erich Hinderer (KV Main-Spessart); sowie 32 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.